

Englischsprachiger Wissenschaftsraum

FAZ

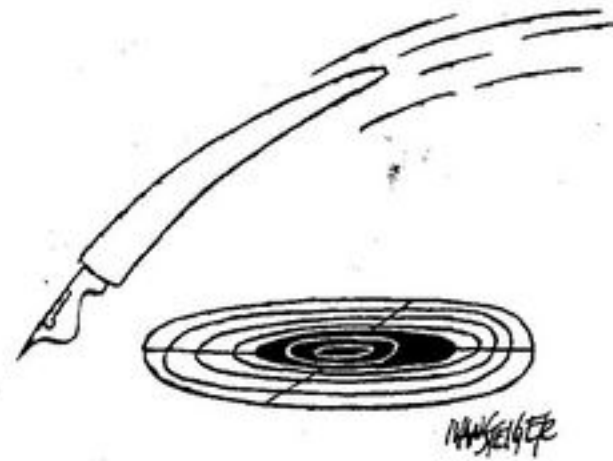
29.6.
2010

Die Universitäten in Deutschland bereiten sich auf die dritte Runde vor / Von Heike Schmoll

CADENABBIA, im Juni

Kurz vor Beginn einer neuen Runde der Exzellenzinitiative hat der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vor der Überbewertung dieses Förderinstruments gewarnt. Die Exzellenzinitiative mit einem Finanzvolumen von 2,7 Milliarden Euro mache nur zehn Prozent der gesamten Fördersumme der DFG aus; in der Öffentlichkeit werde jedoch der Eindruck erweckt, es gehe nur noch um die Bestätigung bestehender oder die Kür neuer Exzellenz- oder Eliteuniversitäten, sagte Kleiner beim zweiten Hochschulgespräch der Konrad Adenauer-Stiftung und des Deutschen Hochschulverbandes in Cadenabbia. Bisher seien 247 Absichtserklärungen von noch nicht geförderten Universitäten eingegangen. Eine Exzellenzmüdigkeit sieht Kleiner nicht. Wenn nunmehr 2,7 Milliarden Euro für eine Laufzeit von fünf Jahren zur Verfügung stehen, dann sind das 30 Prozent mehr als in der zweiten Runde. Keinen Zweifel ließ Kleiner daran, dass nicht alle Universitäten, die in der zweiten Runde in allen drei Förderlinien (Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und Zukunftskonzepte) erfolgreich waren, mit einer Fortsetzung der Finanzierung rechnen können. Die Anträge müssen bis zum September nächsten Jahres eingereicht werden, angekündigt werden müssen sie bis September dieses Jahres. Um die Arbeit nicht abrupt abbrechen, sind in der dritten Runde Übergangs- und Auslaufmittel vorgesehen. Mit Übergangsfinanzierungen können Einrichtungen rechnen, deren erste Förderperiode bis zum 31. Oktober 2011 endet, mit einer Auslauffinanzierung in degressiver Form für höchstens zwei Jahre. Davon werden nicht nur einige Nachwuchswissenschaftler getroffen werden, sondern auch kleinere Universitäten, bei denen die Gelder der Exzellenzinitiative einen großen Teil des Haushalts ausmachen. Der Status der „Exzellenzuniversität“ lässt sich nur verlängern, wenn eine Universität in der Lage ist „zu liefern oder geliefert hat“, wie es bei der DFG heißt. Doch wie lassen

sich Erkenntnisfortschritte messen? Zu den Förderkriterien zählen Exzellenz der Forschung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf mindestens einem breiten Wissenschaftsgebiet. Ein „Gesamtkonzept zur Vernetzung der Disziplinen und zur internationalen Vernetzung in der Forschung“ und eine universitätsübergreifende und außeruniversitäre Kooperation müssen durch verbindliche Kooperationsvereinbarungen belegt sein, ebenso müssen „Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und



Frauen in der Wissenschaft“ nachgewiesen werden.

Die in Cadenabbia beteiligten Wissenschaftler haben darauf hingewiesen, dass Forschungsvorhaben zuweilen allzu strategisch ausgerichtet sind. Anträge, die gleichsam aus dem Nichts entstünden und nicht aus einem Sonderforschungsbereich hervorgingen, seien zumeist zum Scheitern verurteilt, sagte Kleiner. Der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Kempen, kritisierte, die drei Förderlinien gingen an der Komplexität der Wissenschaft vorbei. Die durch die Exzellenzinitiative verursachten finanziellen Umschichtungen in den Universitäten seien nicht zu Ende gedacht.

Kritik an der Exzellenzinitiative übte der frühere sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer (CDU). So sei der Abstand zwischen Spitzenforschung

und dem gewöhnlichen universitären Forschungsbetrieb erheblich verfestigt, auch durch strukturelle und finanzielle Schwerpunktsetzungen. Die DFG und der Wissenschaftsrat hätten durch die Exzellenzinitiative Wissenschaftspolitik betrieben, indem sie eine bestimmte Vorstellung von Universität förderten. Zu den Nachteilen zählt Meyer die Fächerblindheit, die charakteristische Eigenheiten der großen Wissenschaftsgebiete wie Technik, Sozial-, Natur- und Geisteswissenschaften nicht sehe. Die Hervorhebung einiger Universitäten als Orte exzellenter Forschung wäre nach Meyer auch auf anderem Wege möglich gewesen: etwa indem Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs die Voraussetzung bildeten, eine Gruppe von neun bis zwölf besonders erfolgreichen Universitäten herauszukristallisieren. Meyer will nicht die Lebenslüge einer Gleichheit aller deutschen Universitäten verlängern; aber er will den Mythos der amerikanischen Ivy League, der hinter der gesamten Exzellenzinitiative steht, entzaubern. Offenbar habe man dabei übersehen, „dass die real existierende Ivy League nur ein Sportverband der acht ältesten Universitäten der Vereinigten Staaten ist“, sagte Meyer. Die Orientierung an einem verschwommenen amerikanischen Idealbild sieht Meyer als Türöffner für den Gebrauch des Englischen im Studium und bei der Bewertung der zur Förderung eingereichten Konzepte. Welche Agenda dem Exzellenzwettbewerb zugrunde liege, habe die Rede Ernst-Ludwig Winnackers, eines früheren Präsidenten der DFG und späteren Generalsekretärs des European Research Council, vor einem Jahr unmissverständlich zu erkennen gegeben: Es gehe um einen englischsprachigen Europäischen Wissenschaftsraum. Deutsche Forscher aber landeten im Wettbewerb mit englischsprachigen Wissenschaftlern schon aus sprachlichen Gründen am Katzentisch.

Zu den Absurditäten des Bologna-Prozesses gehören das Ranking und Rating, also der Versuch, Forschung in einem

Kennziffern- und Indikatorensystem zu erfassen. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bewerte Bücher etwa nach dem Umfang und bleibe die Antwort darauf schuldig, warum ein dünnes Buch wissenschaftlich weniger gewichtig sein soll. Darin drücke sich ein abgrundtiefes Misstrauen in die Selbstauskunftsfähigkeit der Wissenschaft aus, kritisierte der Vorsitzende des Historikerverbandes, der Frankfurter Historiker Plumpe.

Das gilt auch für das sogenannte Akkreditierungsverfahren für Studiengänge, das nach den Vorstellungen des Deutschen Hochschulverbandes, der die Akkreditierungsverfahren für das Scheitern der Bologna-Reform verantwortlich macht, durch ein hochschulinternes Qualitätssicherungssystem ersetzt werden sollte, wofür der Gesetzgeber die Eckpunkte (Beteiligung von Studenten, Mobilitätsfenster zum Studienortwechsel und anderes) festlegt und die Rechtsaufsicht führt. Die Verfahren in den Akkreditierungsagenturen, lautet der Vorwurf der Hochschullehrer, zeichneten sich vor allem durch Inkompetenz aus. Selbst der Vorsitzende des Akkreditierungsrates, Grimm, musste eingestehen, dass nahezu alles schiefgegangen sei. Verständlicherweise weiß er dafür eine Menge Mitschuldige auszumachen: die Hochschullehrer, die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Arbeitgeber und nicht zuletzt die Kultusministerkonferenz (KMK). Die aber wurde zum Akkreditierungsverfahren durch die HRK gedrängt. Diese drohte nämlich damit, die gemeinsamen Kommissionen zur Studienzulassung zu verlassen, wenn die KMK dem Akkreditierungsverfahren nicht zustimme. Nun wird der Wissenschaftsrat die Akkreditierung untersuchen. Und möglicherweise versucht die Hamburger Wissenschaftssenatorin Gundelach (CDU), die weiß, was Autonomie der Hochschulen eigentlich heißt, in ihrem Stadtstaat von den teuren Akkreditierungsverfahren (15 000 Euro je Studiengang) wegzukommen.